

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 118 (1992)
Heft: 4

Artikel: Zinsen sind un-islamisch, sagt der Koran
Autor: Doxus, Hans
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-598824>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zinsen sind un-islamisch, sagt der Koran

VON HANS DOXUS

Pakistan will ein vorbildlicher islamischer Staat sein. Doch als der Prophet Mohammed auf Erden wandelte und sich zum Koran inspirieren liess, lebten die Menschen nach anderen Spielregeln als heute. Wie also können, will man dem Koran voll gehorchen, jene Spielregeln mit den Gegebenheiten des auslaufenden 20. Jahrhunderts in Übereinstimmung gebracht werden?

Da sind z. B. die Bankzinsen. Der Islam verbietet solche «Riba». Wie aber kann heute eine Bank um Spareinlagen werben, wenn sie keine Zinsen zahlt? Wie kann sie überleben, wenn sie für ihre Kredite keine Zinsen verlangen darf?

Das sind nur zwei der vielen Fragen, mit denen sich Pakistans Koalitionsregierung der «Islamischen Demokratischen Allianz» (IDA) unter Premierminister Nawaz Sharif herumschlagen muss, seit der oberste religiöse Gerichtshof, Shariat, unlängst befunden hat, dass 22 Wirtschaftsgesetze, darunter jenes über Bankzinsen, der islamischen Lehre widersprechen. Er gab der Regierung bis Ende Juni 1992 Zeit, diese Gesetze mit den religiösen Regeln in Einklang zu bringen, widrigenfalls sie mit 1. Juli ausser Kraft treten würden.

Bezeichnungen ändern?

Leichter gesagt als getan! Schon der tödlich verunglückte Präsident Zia-ul-Haq hatte, um diese Widersprüche zu lösen, die hohe islamische Geistlichkeit ersucht, ihm entsprechende Gesetzesänderungen oder neue Gesetze vorzuschlagen. Die hohe Geistlichkeit aber blieb verlegen stumm. Doch ihr Verlangen nach Änderungen ist nicht verstummt.

Als die IDA 1990 in den Wahlkampf einstieg, versprach sie die Islamisierung der Wirtschaft, des Bildungswesens und — soweit notwendig — des Straf- und Zivilrechts. Doch bisher ist nicht mehr geschehen, als dass Kommissionen zum Studium dieser Fragen eingesetzt wurden. Als nun der Shariat-Gerichtshof von 119 Gesetzen, die er unter die islamische Lupe genommen hatte, 22 als un-islamisch befand, schlug Finanzminister Sartaj Aziz vor, in die zweite Instanz zu gehen, nämlich zum Obersten Gerichtshof, dem auch die religiösen Gerichte unterstehen.



«Du hast recht, das heisst «Frisch gestrichen» ...»

Doch da kam er bei den Vertretern der rechtgläubigen Moslems schön an: Diese lassen nämlich nur die religiösen Gerichte gelten. Der Minister für religiöse Angelegenheiten drohte mit dem Rücktritt. Die zwei grössten Koalitionsparteien, Sharifs Moslem-Liga und die Jamaate Islami, kündigten ihren Austritt aus der IDA an, sollte der Spruch des obersten religiösen Gerichtshofs nicht anerkannt werden. Proteste und Drohungen hagelte es auch von seiten anderer religiöser Organisationen.

Zurzeit ist man in den Regierungsbüros in Islamabad ziemlich ratlos, wie man die Spielregeln des 7. mit denen des 20. Jahrhunderts in Einklang bringen kann. Neun der 22 beanstandeten Gesetze lassen sich zur Lösung in die Verantwortung von Provinzregierungen abschieben. Die übrigen Ge-

setze sollen nun — was auch sonst? — vor einen Ausschuss aus Ministern und Rechtsexperten kommen.

Dass «Riba» dem Islam widerspricht, hat das Gericht deutlich ausgesprochen. Was also tun? Es hilft der Regierung auch nicht, wenn sie sich an anderen islamischen Staaten orientieren will: Keiner dieser Staaten verbietet nämlich Bankzinsen. Iran und Saudi-Arabien, die sich ebenfalls als Bannerträger des reinen Islams ansehen, haben ihre eigene Lösung gefunden: Sie verbieten zwar Zinsen, doch im Iran wird jedem Sparer am Jahresende ein bestimmtes «Einkommen» ausbezahlt. Und in Saudi-Arabien heissen die Sparzinsen «Gewinn» und die Kreditzinsen «Bankgebühr». Ob sich der Prophet das so gedacht hatte?

JAN VAN WESSUM